

## **Bericht**

### **des Europaausschusses**

über die Drucksachen

**21/19577: Tätigkeitsbericht 2019 des Hamburger Rates für nachhaltige Entwicklungspolitik – Drs. 19/2896 und 19/4403 (Unterrichtung durch die Präsidentin)**

und

**22/4371: Hamburger Rat für nachhaltige Entwicklungspolitik (Unterrichtung durch die Präsidentin)**

Vorsitz: **Danial Ilkhanipour (i.V.)**

Schriftführung: **David Erkalp (i.V.)**

#### **I. Vorbemerkung**

Die Drs. 21/19577 wurde am 24. Juni 2020 auf Antrag von SPD, GRÜNEN, CDU und DIE LINKE von der Bürgerschaft an den Europaausschuss überwiesen, nachdem sie in der 22. Wahlperiode über die Drs. 22/614 erneut in die Bürgerschaft eingebracht worden war.

Am 1. Juni 2021 wurde die Drs. 22/4371 auf Antrag von SPD, GRÜNEN und DIE LINKE von der Bürgerschaft an den Europaausschuss überwiesen.

Dieser befasste sich in seiner Sitzung am 8. Juni 2021 abschließend mit den Drucksachen.

An der Sitzung des Europaausschusses nahmen folgende Mitglieder des Hamburger Rates für nachhaltige Entwicklungspolitik (RANEP) teil: Kai-Oliver Farr, Petra Hammelmann, Samia Kassid, Ellen Prowe, Prof. Dr. h.c. Christa Randzio-Plath, Bernhard Riggers, Sabine Steppat, Dr. Rodger Wegner, Prof. Dr. Wolfgang Willkomm.

#### **II. Beratungsinhalt**

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter führten aus, die Pandemie habe auch in vielen Themenfeldern der Entwicklungspolitik tiefe Spuren hinterlassen. Umso erfreulicher sei es, dass mit dem RANEP ein so facettenreiches, fachkundiges und erfahrenes Beratungsgremium bestehe, das den Senat auch in dieser neuen Dimension unterstütze. Aus dem Tätigkeitsbericht gehe hervor, dass der RANEP die Arbeit des Senats in Fragen der Entwicklungspolitik weiter vorangetrieben habe. Hierfür wollten sie insbesondere auf zwei Beispiele eingehen:

Zum einen habe die Tätigkeit des RANEP dazu beigetragen, dass sich auf Ebene der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten (MPK) mit dem Thema Entwicklungszusammenarbeit beschäftigt worden sei und die Rolle der deutschen

Bundesländer hier geschärft werden solle. Darüber hinaus habe der RANEP im Zusammenhang mit Hamburgs Städtepartnerschaft mit Dar es Salaam eigeninitiativ ein Grundsatzpapier zum Thema „Globales Lernen“ entwickelt. Die Empfehlungen daraus seien überwiegend an die Schul- und Wissenschaftsbehörde gerichtet worden.

Insgesamt hätten bereits viele Ideen Früchte getragen und sie freuten sich auf die weitere Arbeit mit dem RANEP.

Die Vertreterinnen und Vertreter des RANEP sprachen einleitend ihren Dank aus, dass die Bürgerschaft im Rahmen der Haushaltsberatungen zwei Maßnahmen beschlossen habe, für die der RANEP schon lange eingetreten sei. Zum einen handle es sich um die Finanzierung bezüglich des Masterplans Bildung für nachhaltige Entwicklung, und zum anderen um die Bewilligung zusätzlicher Mittel für Fairen Handel. In den letzten Jahren habe man es immerhin geschafft, dass Hamburg als Fair-Trade-Stadt in Deutschland ausgezeichnet werde und sich auch am europäischen Wettbewerb beteilige. Dabei lobten sie das diesbezügliche Engagement des Vereins „Mobile Bildung e.V. – Fair Trade Stadt Hamburg“.

Zum einen habe der RANEP Aufträge des Senats bearbeitet, zum anderen sich aber durchaus auch eigene Themen gesetzt. Dabei hätten Arbeitsgruppensitzungen und darüber hinaus Sitzungen mit der Staatsrätin der Senatskanzlei stattgefunden. Sie hofften, diesen Beratungsumfang im Rahmen von Präsenzterminen mit dem hoffentlich baldigen Ende der Pandemie wieder aufleben lassen zu können.

Ein wirkliches Anliegen sei ihnen die Fair-Trade-Town Hamburg gewesen. Hierfür hätten sie in allen Behörden um Verständnis geworben und ausreichende Mittel gefordert, denn Fair Trade sei nicht nur eine Angelegenheit der Zivilgesellschaft, sondern auch eine staatliche Aufgabe. Gerade im Hinblick darauf, dass Hamburg sich – wie schon in der Präambel der Verfassung niedergelegt – als Verbindung zwischen Kontinenten und Völkern begreife, sei es wichtig, Fair Trade zu fördern und in das Bewusstsein von Unternehmen, Bürgerinnen und Bürgern, aber auch von staatlichen Stellen zu investieren. Fair Trade sei Ausdruck globaler Verantwortung, die Hamburg für sich schließlich auch proklamiere.

Der Arbeitsauftrag hinsichtlich des erwähnten MPK-Beschlusses zur Entwicklungspolitik der Länder sei deswegen von großer Bedeutung, weil sich seit dem Jahr 2008 sowohl die Sprache als auch die Inhalte in der Entwicklungszusammenarbeit stark geändert hätten. Es gebe neue Schwerpunktsetzungen, die alle Bundesländer für sich in Anspruch nehmen sollten. Neben der Bildungsarbeit zählten hierzu der Faire Handel, eine nachhaltige Wirtschaftsförderung, Migration und Entwicklung sowie Kultur und Entwicklung. Darüber hinaus habe sich der RANEP massiv für eine Erhöhung der Mittel der Entwicklungszusammenarbeit der Freien und Hansestadt Hamburg und eine personelle Verstärkung der Senatskanzlei in diesen Bereichen ausgesprochen. Wenn Hamburg eine entsprechende Finanzierung nicht möglich sei, sollte man nicht zögern, hierfür auch Mittel, die auf Bundesebene zur Verfügung stünden – zum Beispiel für KEPOL-Koordinatorinnen und -Koordinatoren –, zu mobilisieren.

Zum Thema „Nachhaltige Finanzen und Beschaffungen“ habe man gut mit der Finanzbehörde zusammengearbeitet und eine gemeinsame öffentliche Veranstaltung durchgeführt.

Im Themenbereich „Kultur und Entwicklung“ habe die Frage eine Rolle gespielt, wie man die Klärung der Provenienz von Gegenständen in öffentlichen Sammlungen aus dem kolonialen Kontext verstärken und eine gemeinsame Antwort mit den anderen Bundesländern zur Organisation einer möglichen Rückgabe finden könne.

Zudem sei im Rahmen der Tätigkeit des RANEP der Aspekt der Zusammenarbeit mit den Partnerstädten Dar es Salaam und León von Bedeutung gewesen.

Globales Lernen sei aus Sicht des RANEP ein wichtiger Bestandteil des Themas „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, das als „Education for Sustainable Development“ zusammen mit der sogenannten Global Citizenship Education Eingang in die Agenda 2030 mit dem Ziel 4.7 gefunden habe. Es stelle einen wichtigen Hebel dar, um alle anderen Themen der Agenda 2030, vor allem auch in der deutschen Bevölkerung, in das Bewusstsein zu bringen. Globales Lernen sei auch Teil des Masterplans Bildung

für nachhaltige Entwicklung. Auf die Genehmigung der entsprechenden Mittel warte man seit zwei Jahren. Nach ihrer Information solle es voraussichtlich am 15. Juni 2021 einen Senatsbeschluss hierzu geben, allerdings nur über ein Drittel der ursprünglichen Summe des Masterplans.

Der RANEP habe den Beratungsgegenstand „Globales Lernen in Hamburg“ erweitert und das Thema „Städtepartnerschaft mit Daressalam“ in seine Empfehlungen schwerpunktmäßig integriert. In diesem Zusammenhang habe man eine Arbeitsgruppe gebildet, die mit verschiedenen Akteurinnen und Akteuren in Hamburg aus den Kreisen Schule, Hochschule, Zivilgesellschaft und Städtepartnerschaft Interviews geführt habe. Die Ergebnisse seien unter den Kolleginnen und Kollegen des RANEP diskutiert worden und man habe die vorliegenden Empfehlungen hierzu abgegeben.

Globales Lernen sei zwar an Hamburger Schulen strukturell relativ gut verankert – es gebe Koordinatorinnen und Koordinatoren sowie Promotorinnen und Promotoren für Globales Lernen –, die Nachhaltigkeitsthemen würden aber immer noch in erster Linie auf Umwelt- und Klimathemen bezogen, und nicht auf die Themen des Globalen Lernens, also die globale Verantwortung, die man in der Welt habe. Außerdem beruhe das Globale Lernen in den Schulen vorwiegend auf ehrenamtlichem beziehungsweise persönlichem Engagement und werde von staatlicher Seite nicht wirklich angemessen unterstützt. Der RANEP habe deshalb empfohlen, die globale Dimension in den Nachhaltigkeitsthemen im Sinne der Agenda 2030 stärker zu integrieren. Darüber hinaus müssten die Potenziale des Globalen Lernens von der Schulbehörde stärker wahrgenommen und in den Schulen stärker kommuniziert werden, und die Schulen dabei unterstützt werden, sich als UNESCO-, Klima-, Umwelt- oder Faire Schule zu bewerben, denn die bestehende Anzahl solcher Schulen sei bisher noch sehr gering.

Im Zusammenhang mit Städtepartnerschaften stellten auch die Schulpartnerschaften ein wichtiges Thema dar und sollten deutlich stärker unterstützt werden. Der persönliche Austausch sei immer noch der wichtigste Faktor im Rahmen des Globalen Lernens. Zu begrüßen wären hier auch eine stärkere und positivere Kommunikation der schon bestehenden Kooperationen in der Zivilgesellschaft beziehungsweise in den Schulpartnerschaften. In Bezug auf das Globale Lernen in der Städtepartnerschaft mit zivilgesellschaftlichen und kommunalen Akteurinnen und Akteuren sei der Befund, dass häufig der erste Kontakt im beruflichen Zusammenhang, also Fragen des beruflichen Kontextes, zum Tragen kämen und man von dort aus weiter in den persönlichen Austausch gehe. Dies sei im Rahmen der Städtepartnerschaft mit Dar es Salaam schon sehr schön vorangeschritten, und die tansanische Seite habe im Laufe der Zeit mehr Selbstbewusstsein ausgeprägt, was wichtig sei, um Gleichberechtigung und einen Austausch auf Augenhöhe herzustellen. Dennoch sei eine solidarische Weiterentwicklung weiterhin notwendig.

Auch in den Curricula sollten globale Themen stärker in den verschiedenen Fächern der Schule integriert werden. Zudem fallen im schulischen Bereich die Befassung mit der kolonialen Vergangenheit und der heutige Umgang damit sowie die Entwicklungszusammenarbeit und die Verantwortung Hamburgs deutlich zu gering aus. Im Wirtschaftsunterricht müssten zum Beispiel mehr alternative Wirtschaftskonzepte behandelt werden, wie Gemeinwohlökonomie, Grundeinkommen oder Fair Trade.

Für den Ausbau des persönlichen Austausches stelle auch die außerschulische Jugendarbeit einen wichtigen Bereich dar. Die Vertreterinnen und Vertreter des RANEP empfahlen, hier verbesserte Fördermöglichkeiten zu bieten. Momentan sei der persönliche Austausch natürlich durch die Pandemie noch sehr eingeschränkt.

Im Rahmen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit müsse man die Behörden – über die Senatskanzlei hinaus – stärker in den Austausch bezüglich der Städtepartnerschaft mit Dar es Salaam einbeziehen, um dadurch die staatliche Seite stärker zu aktivieren und vielleicht auch neue Partnerschaften zwischen Behörden zu initiieren.

Lernen von und an Fachinhalten mit globaler Bedeutung finde an den Hamburger Hochschulen in vielen Studienfächern unter den jeweiligen fachspezifischen Schwerpunkten statt. Eine Verknüpfung der Fachstudien miteinander unter übergreifenden Aspekten von globaler Relevanz sei allerdings weniger verbreitet, am ehesten in Angeboten von sogenannten Querschnittsfächern oder eines Studium Generale,

sofern diese existierten. Als Beispiel für Globales Lernen in der Städtepartnerschaft hoben sie die langfristige und sehr intensiv gelebte Kooperation der HafenCity Universität mit der Ardhi University hervor, die in Dar es Salaam die Themen der städtebaulichen Entwicklung, der Stadtplanung, der Architektur und auch des Bauingenieurwesens praktiziere. Hier stünden gemeinsames Lernen und voneinander Lernen im Vordergrund. Trotz der seit 15 Monaten fehlenden direkten persönlichen Kontakte sei durch digitale Formate eine gute Kultur fortgesetzt worden. Dabei sei eine stärkere Außenwirksamkeit dieser Kooperationen empfehlenswert. In diesem Zusammenhang dankten sie der Senatskanzlei, die die Kooperation zwischen der Ardhi University und der HafenCity Universität stark unterstütze. Eine Verstetigung wäre sehr wünschenswert, bedürfe aber einer politischen Entscheidung.

Die SPD-Abgeordneten bemerkten, leider führten Krisen manchmal dazu, dass bestimmte wichtige Themen – wie zum Beispiel die des RANEP – von der Agenda rutschten, obgleich die Pandemie gerade das Gegenteil auslösen müsste, denn sie habe noch einmal verdeutlicht, wie zusammenhängend die Welt zu betrachten sei und welche Auswirkungen es habe, wenn man dies nicht tue. Leider verstünden dies nicht alle – auch in der Politik nicht. Umso erfreulicher sei es, dass die Gelegenheit, zusätzliche Mittel für den Fairen Handel zu bewilligen, genutzt worden sei. Ihnen sei es ein besonderes Anliegen gewesen, die Fair-Trade-Kampagne zu unterstützen, und zwar auch in Zeiten der pandemiebedingten finanziellen Krise. In diesem Zusammenhang fragten sie, was Entwicklungspolitik für Hamburg, den Senat und die Bürgerschaft im Rahmen der Pandemie ausmache. In den letzten zwölf Monaten sei durchaus einiges an veränderten Blickwinkeln und Fakten geschaffen worden, was auch Auswirkungen auf das politische Handeln habe.

Der AfD-Abgeordnete meinte, ein Tagesordnungspunkt wie dieser stelle für ihn immer eine besondere Herausforderung dar. Natürlich folge er den Ausführungen mit Interesse, könne dabei aber nicht verhehlen, dass er einen generellen fundamentalen Dissens mit den Aktivitäten, die der RANEP betreibe, habe. Nicht zum ersten Mal weise er in diesem Ausschuss darauf hin, dass wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung aus seiner Sicht nicht auf Landes- und Kommunalebene gehören. Die deutsche Entwicklungspolitik leide sehr stark unter einer Fragmentierung. Wolle man dies positiv ausdrücken, könnte man von einer großen Vielfalt sprechen, er sehe darin aber eher ein großes Chaos, weil keinerlei zentrale Steuerung vorhanden sei. Es gebe verschiedenste Akteurinnen und Akteure – Entwicklungszusammenarbeit werde von Kirchen, Verbänden und staatlichen Stellen betrieben –, und dies wiederum auf den Ebenen von Kommune, Bundesland, Bund und Europäischer Union. Aufgrund dieser ungeordneten Zergliederung fehle es an effektiver demokratischer Kontrolle. Die Situation würde sich anders darstellen, wenn man eine Durchführungsorganisation, ein Evaluierungsinstitut, und eine verantwortliche Ministerin oder einen verantwortlichen Minister hätte, der einer entsprechenden Kontrolle unterläge. Hier aber griffen in den verschiedenen Querverbindungen staatliche, staatsnahe und private Bereiche ineinander. Diesen Wildwuchs lehne er ab, und deswegen spreche er sich auch dagegen aus, Entwicklungspolitik auf Landesebene zu betreiben. Dies mache er nicht dem RANEP an sich zum Vorwurf, denn er wisse sehr wohl, dass dieser von der Bürgerschaft beauftragt worden sei; es handle sich eher um einen Hinweis an die anderen Abgeordneten.

Zur Agenda 2030 stellte der AfD-Abgeordnete infrage, ob die dort enthaltenen Entwicklungsziele überhaupt realistisch und in naher oder mittlerer Zukunft erreichbar seien. Er glaubte, es entspreche nicht der Wirklichkeit, in diesem Zeitraum zu einer so massiven globalen Umverteilung des Wohlstands und Reichtums vom globalen Norden zum globalen Süden zu gelangen. Natürlich wünsche auch er sich nicht, dass weite Teile der Bevölkerung der Erde weiter in Armut lebten. Auch die Ungleichheiten zwischen Mann und Frau müssten abgebaut werden. In all diesen Punkten sehe er keinen Dissens. Allerdings sehe er den Ansatz skeptisch, dass Landespolitikerinnen und -politiker die Probleme lösen wollten, indem sie sich globale Aufgaben zu eigen machten und quasi das Heil auf dieser Erde über alle Völker bringen wollten. Nach seiner Auffassung sollte es in der Entwicklungspolitik, wenn sie irgendwann einmal auf der richtigen Ebene stattfinde, vor allem um wirtschaftliche Zusammenarbeit gehen, sodass unterentwickelte Volkswirtschaften die Gelegenheit erhielten eine nachhaltige

Entwicklung zu erlangen. Seit den Sechziger-, Siebzigerjahren seien Milliardenbeiträge im Zuge der Entwicklungshilfe in den globalen Süden geflossen, und dennoch sei die Ungleichheit zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden nicht abgebaut worden.

Die Abgeordneten der GRÜNEN widersprachen dem AfD-Abgeordneten; nachhaltige Entwicklungspolitik müsse auf allen Ebenen gelebt werden. Deshalb sei es außerordentlich erfreulich, dass es in Hamburg ein Gremium mit so viel Expertise wie den RANEP gebe.

Sie wollten wissen, ob in der Zusammenarbeit mit anderen Gremien, wie zum Beispiel dem Klimabeirat, Überschneidungen zu verzeichnen seien und inwieweit eine künftige Kooperation geplant sei.

Der Fokus in Bezug auf das Globale Lernen habe bisher augenscheinlich auf der Städtepartnerschaft mit Dar es Salaam gelegen. Hier interessierte sie, ob und wie zukünftig auch mehr mit León oder mit Altonas Partnerstadt Maltepe (Istanbul) in den Austausch gegangen werden solle.

Die Vertreterinnen und Vertreter des RANEP unterstrichen, die Bundesrepublik Deutschland habe sich dazu entschieden, das Ausüben globaler Verantwortung auf alle Ebenen zu legen. Darüber hinaus sei die partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit Ausdruck von Solidarität, und stehe im Geiste des Grundgesetzes und der Hamburger Verfassung. Es handle sich um Grundlagen, auf denen man für das Zusammenleben der Menschen aus aller Welt aufbaue. Hamburg betone in der Präambel der Verfassung die Rolle als Mittlerin zwischen Kontinenten und Gesellschaften. Der Begriff der globalen Verantwortung müsse heutzutage alle Menschen zusammenbringen, weil man gemeinsam in einer Welt lebe. Die Pandemie habe dies so deutlich wie noch nie gezeigt. Die Vielfältigkeit der Entwicklungszusammenarbeit wolle in keiner Weise missionieren, sondern dazu beitragen, dass der Wohlstand auf der Welt besser und gleichmäßiger verteilt werde. Dieses Anliegen und die damit einhergehende Solidarität teilten nicht nur die Menschen in Deutschland, sondern auch die in der Europäischen Union insgesamt. Genauso wenig, wie sich das Coronavirus nicht von einem einzelnen Land bekämpfen lasse, sei auch der Klimaschutz eine gemeinschaftlich zu bewältigende Aufgabe. Gerade die ärmeren Länder seien hier auf Hilfe angewiesen. Deswegen seien Initiativen auf EU-Ebene, wie zum Beispiel die Verteilung von Impfstoffen in andere Länder, besonders gut. Hamburg werde hierbei auch in Zukunft eine bedeutsame Rolle mit seinen Instituten, wie etwa dem Bernhard-Nocht-Institut, spielen, indem man den Sachverstand und die Kompetenz mit denjenigen teile, die diese nicht vorweisen könnten. Hierbei handle es sich eben gerade nicht um Missionierung, sondern um einen wirklich partnerschaftlichen Umgang mit den anderen Völkern dieser Welt, woran der RANEP mitwirken wolle, indem er Rat gebe, wenn danach gefragt werde. Darüber hinaus habe man eigene Initiativen in vielen Bereichen gestartet, was man auch weiterhin fortsetzen werde, weil eine Notwendigkeit bestehe, Entwicklungspolitik zum Anliegen der Bevölkerung und der handelnden staatlichen Institutionen zu machen. Ein Bundesministerium allein sei dieser Aufgabe nicht gewachsen, dazu benötige es Entwicklungszusammenarbeit auf allen Ebenen. Es sei ganz offensichtlich, wie erfolgreich zum Teil kommunale Entwicklungspartnerschaften seien. Dies strebe man mit den Partnerschaften mit León und Dar es Salaam auch an. Dabei stelle sich León allerdings als eine politisch schwierige Partnerschaft dar. Man müsse immer schauen, in welchem Umfeld sich Zusammenarbeit und Partnerschaft eigentlich bewegen könnten. Auch in Tansania habe sich dies unter dem alten Präsidenten problematisch gestaltet. Man hoffe, dass nun mit der neuen Präsidentin eine Kehrtwende erfolge. Die Vertreterinnen und Vertreter des RANEP plädierten ausdrücklich dafür, an dieser Stelle mehr und nicht weniger zu tun.

Der RANEP sei erst heute in seiner neuen Zusammensetzung einberufen worden. Zu acht Mitgliedern aus der Vorgängerperiode seien vier neue gestoßen. Da es noch keine gemeinsame Sitzung und keinen offiziellen neuen Auftrag des Senats gegeben habe, könne man nicht auf jede Frage mit einer gemeinschaftlichen Auffassung des Gremiums antworten. Die heutige Anhörung diene eigentlich dazu, Auskunft über den Tätigkeitsbericht 2019 zu geben, was nicht bedeute, dass nicht auch Fragen darüber hinaus gestellt werden könnten. Bei bestimmten Aussagen könnte es sich dann aber

durchaus um eine individuelle Einschätzung des Vortragenden handeln. Darüber hinaus stellten sie klar, dass sie Empfehlungen gegenüber dem Senat und nicht der Bürgerschaft aussprechen, weil sie durch ihn beauftragt worden seien.

Das vom AfD-Abgeordneten geäußerte Verständnis von Entwicklungspolitik entspreche nicht mehr dem heutigen Bild, denn gerade die sogenannten Industrieländer verzeichneten inzwischen einen erheblichen Entwicklungsbedarf. Eine Einteilung zwischen Entwicklungsländern und entwickelten Ländern gebe es in diesem Sinne nicht mehr. Ein Klimaschutzgesetz oder ähnliche Vorhaben seien deswegen nötig, weil insbesondere der globale Norden Verantwortung für den Klimawandel und die Schäden und Folgen, die daraus vor allem in den vulnerablen Ländern des globalen Südens entstünden, trage. Die Agenda 2030 basiere eben gerade auf diesem Verständnis, dass eine Hierarchie im Sinne von Entwicklungshilfe oder Dritte Welt, wie man sie früher gesehen habe, nicht mehr existiere.

Eine Zusammenarbeit mit anderen Gremien strebten sie auch in der kommenden Periode an. Diese habe an bestimmten Schnittstellen zum Beispiel schon mit dem Integrationsbeirat stattgefunden. Darüber hinaus habe man mit den Promotorinnen und Promotoren für Globales Lernen oder Migration Gespräche geführt und natürlich mit Koordinatorinnen und Koordinatoren der Städtepartnerschaften.

Offenbar sei der Eindruck entstanden, dass der RANEP sich schwerpunktmäßig mit der Städtepartnerschaft zwischen Hamburg und Dar es Salaam beschäftige. Dies sei natürlich nicht der Fall. Dennoch stelle diese Partnerschaft einen guten Anknüpfungspunkt dar, um ein entsprechendes Netzwerk aufzubauen. Auch hier zeige sich, dass Entwicklungspolitik keine zentrale Angelegenheit einer nationalen Regierung sei, sondern dezentrale Aktivitäten, zum Beispiel im schulischen und wissenschaftlichen Bereich, sehr fruchtbar seien. Der AfD-Abgeordnete habe in diesem Zusammenhang von fragmentierter Entwicklungspolitik gesprochen, die er auf Landes- und Kommunalebene ablehne. Hieraus stelle sich für sie die Frage, ob er somit auch generell Städte-, Schul- und Hochschulpartnerschaften, die Kooperation von Stadtparlamenten sowie von Kommunalpolitikerinnen und -politikern ablehne und diese gleichfalls als Angelegenheit nationaler Zentralregierungen ansehe.

Die SPD-Abgeordneten merkten an, die Position des AfD-Abgeordneten stelle bei allen Unterschiedlichkeiten der Fraktionen hinsichtlich dieser Themen eine ganz klare Mindermeinung dar. Sie hätten manchmal den Eindruck, dass der Aspekt der Entwicklungspolitik insgesamt viel zu häufig zum Spielball der Politik gemacht werde, insbesondere aus dem politischen Milieu, aus dem der AfD-Abgeordnete komme. Dies geschehe zum Beispiel durch den Verweis auf Zuständigkeiten, um die Thematik insgesamt zu marginalisieren und deutsche Interessen in den Vordergrund zu rücken. Wenn man dann aber etwa auf die Flüchtlingsfrage zu sprechen komme, werde plötzlich von Fluchtursachen gesprochen. Letztendlich werde diese Debatte häufig nicht ehrlich geführt und nicht zu Ende gedacht. Der AfD-Abgeordnete schein grundsätzlich der Meinung zu sein, dass diejenigen Gremien entscheiden sollten, die am meisten Einfluss auf das Thema hätten. Hieran wollten sie ihn gern beizeiten erinnern, wenn die Diskussion um die Kompetenzverlagerung hinsichtlich der EU geführt werde, denn nach seiner heutigen Argumentation müsste er diese befürworten.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE meinte, im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit sei es natürlich auch wichtig, was ein Land unterlasse, also welche Form von negativen Effekten, die beispielsweise von Hamburg ausgingen, man verändern sollte. In diesem Zusammenhang machte er auf eine Verschärfung des Lieferkettengesetzes oder ähnliche gemeinschaftlich gesetzte globale Mindeststandards aufmerksam.

Noch immer würden Tonnen von Waffen vom Hamburger Hafen aus in die Welt verschickt werden, die bekanntlich und nachweislich beispielsweise auch in Bürgerkriegskonflikten dazu beitragen, dass bestimmte Entwicklungen nicht stattfinden könnten. Aktuell habe sich eine Initiative gegründet, die dies verändern wolle, was seiner Ansicht nach im Sinne einer solidarischen Entwicklungszusammenarbeit auch angezeigt sei.

Der AfD-Abgeordnete betonte, natürlich habe er überhaupt nichts gegen Städtepartnerschaften einzuwenden. Seine Fraktion strebe beispielsweise seit längerer Zeit eine Städtepartnerschaft Hamburgs mit Haifa an. Grundsätzlich müsse man das Eingehen solcher Partnerschaften aber von der Zurverfügungstellung von finanziellen Mitteln für diese Regionen trennen. Die OECD habe hierfür Kriterien mit den ODA (Official Development Assistance) aufgestellt. Diese Entscheidungen sollten aus seiner Sicht nicht auf Landesebene laufen. Dabei sei ihm bewusst, dass insbesondere im Zusammenhang mit ausländischen Studierenden bestimmte Angelegenheiten auf Landesebene ODA-fähig seien. Hier müsste man wahrscheinlich noch einmal einige Kriterien der OECD überdenken. Kritisch zu betrachten sei aber, dass zum Beispiel in den Haushaltsberatungen im Rahmen der Städtepartnerschaft mit Dar es Salaam ODA-Leistungen on top bewilligt worden seien.

Des Weiteren unterstrich er, dass selbstverständlich Unterschiede zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern existierten. Ihm sei bewusst, dass es derzeit im Trend sei, insbesondere wenn man ein eher linkes Weltbild vertrete, Unterschiede dadurch zu negieren, indem man bestreite, dass es sie gebe. Wenn diese aber tatsächlich nicht vorhanden wären, würde auch keine DAC-Liste bei der OECD liegen, oder die EU auch keine Vergünstigungen für Entwicklungsländer über ein Zollpräferenzsystem erteilen. Daher widersprach er der Aussage der Vertreterinnen und Vertreter des RANEP, eine Einteilung in Kategorien wie Entwicklungsländer und entwickelte Länder sei obsolet.

Zu den Äußerungen der SPD-Abgeordneten bemerkte er, er habe kein Problem damit, allein mit seiner Meinung dazustehen. Er finde dies auch wichtig, denn wenn in einer Demokratie alle die gleiche Meinung hätten, dann laufe seiner Ansicht nach irgendetwas falsch. Insofern wolle er einfach noch einmal den nüchternen Hinweis geben, dass Entwicklungspolitik in den allermeisten Fällen einfach Außenpolitik darstelle, und die Außenpolitik sei durch die Verfassung in Deutschland dem Bund zugewiesen, und nicht den Ländern. Er habe nichts gegen kulturellen Austausch, Städtepartnerschaften oder Jugendaustausche, aber wenn es wirklich um die Kerninteressen Deutschlands gehe, sei die Ausführung besser bei der Bundesregierung aufgehoben.

Die Vertreterinnen und Vertreter des RANEP wiesen noch einmal darauf hin, dass in der Agenda 2030 ausdrücklich die Rede von der Gleichberechtigung aller Länder der Welt, der gemeinsamen Verantwortung für Klima und Umweltschutz sowie der sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit sei.

Die Verbannung des Waffentransports aus dem Hamburger Hafen sei keine lokale Angelegenheit, sondern eine Bundesangelegenheit, über die auch völkerrechtlich verbindliche Verträge existierten. Im Zusammenhang mit dem Sustainable Development Goal (SDG) 16 hätten sie schon einmal entwicklungspolitische Indikatoren vorgeschlagen. Jetzt, wo ein Monitoring-System in Hamburg geplant sei, um die Zielerreichung der Nachhaltigkeitsindikatoren zu messen, könnte man diese Thematik durchaus noch einmal vertiefen.

Selbstverständlich unterstütze Hamburg auch die Initiativen auf Bundesebene bezüglich der Lieferketten und globaler Mindeststandards. In der Hamburger Wirtschaft würden bereits viele Unternehmen auf die Beachtung von Menschenrechten und Umweltstandards in Lieferketten setzen. Natürlich müsse man auf diesem Gebiet noch weiter voranschreiten. Der Beschluss des Bundestages zum Lieferkettengesetz stehe im Übrigen noch aus.

Zur Frage der Abgeordneten der GRÜNEN erklärten sie, bisher habe man sich im RANEP noch nicht mit einer Partnerstadt Hamburgs mit Maltepe befasst; ein entsprechender Auftrag des Senats liege nicht vor.

Der Vorsitzende dankte abschließend im Namen des Europaausschusses den Vertreterinnen und Vertretern des RANEP für ihre Ausführungen und ihr Engagement.

**III. Ausschussempfehlung**

*Der Europaausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einvernehmlich, Kenntnis von den Drs. 21/19577 und 22/4371 zu nehmen.*

David Erkalp, Berichterstattung (i.V.)